



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/190 - 21. August 1957
Sonderdienst

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-83
Fernschreiber 0886890

Schäffer hält nichts von "Schutzschild NATO"

Von Fritz Heine, Pressechef der SPD

Am 17. August 1957 veröffentlichte der Sozialdemokratische Pressedienst den Auszug eines Briefes von Bundesfinanzminister Schäffer an Bundeskanzler Dr. Adenauer zu der Frage der Stationierungskosten ausländischer Truppen auf deutschem Boden. Hierbei bemerkte der Pressedienst, dass der Brief möglicherweise eine Fälschung sein könne, forderte Herrn Schäffer aber auf, durch eine klare Aussage die in interessierten Kreisen entstandene Frage nach der Echtheit des Schreibens zu beantworten.

Der betreffende Briefauszug lautet:

"Der von den Delegationen von den Entsendestaaten ständig erhobene Einwand, dass die Stationierungstruppen in erster Linie zur Verteidigung der Bundesrepublik auf deren Gebiet stünden, verliert mehr und mehr an Durchschlagkraft. In Wirklichkeit stehen bei den Entsendestaaten - verständlicherweise - ihre eigenen Interessen im Vordergrund (sei es Verteidigung oder finanzielle Interessen), denen die Entsendestaaten mit der Unterhaltung von Truppen in der Bundesrepublik nachgehen. In zweiter Linie mögen Interessen der westlichen Welt im allgemeinen bestehen, die aber einseitig zu Lasten der Bundesrepublik gehen sollen, auf deren Gebiet sich die Truppen der Entsendestaaten deshalb massieren, weil die strategische Gesamtlage, nicht aber Deutschlands Interesse es erfordert. Das spezielle Verteidigungsinteresse der Bundesrepublik steht bei den Entsendestaaten durchaus nicht im Vordergrund. Umso weniger besteht Anlass, die Bundesrepublik finanziell erhöht zu belasten. Ich betrachte es als ein ernstes Versäumnis, dass dies den Delegationen der Entsendestaaten in der Truppenvertragskonferenz nicht schon längst mit aller Offenheit vor Augen geführt worden ist."

Als sich bis zum 20. August nichts beim Bundesfinanzministerium führte, fragte der Chefredakteur des Sozialdemokratischen Pressedienstes

dort an, ob nicht eine Stellungnahme Schäffers zu diesem Brief zu erwarten sei. Die Antwort war zunächst ausweichend. Das Bundes-Presse- und Informationsamt gab die Auskunft, man wolle sich um eine Klärung der Angelegenheit bemühen.

Am 21. August, vormittags, wurde auf nochmalige Rückfrage schliesslich von der Pressestelle des Bundesfinanzministeriums erklärt, der Brief existiere, sei aber "falsch verstanden" worden....

Daraus ergibt sich, dass der Schäffer-Brief an Adenauer keine Fälschung ist. Der Inhalt des Schreibens und der zitierte Auszug spricht für sich. Die Bundesregierung, an der Spitze Bundeskanzler Dr. Adenauer, erklärt seit Jahr und Tag, die NATO sei der "Schutzschild für die Sicherheit Deutschlands." Schäffer dagegen spricht aus, dass bei den Entsendestaaten (von ausländischen Truppen) nicht das spezielle Verteidigungsinteresse der Bundesrepublik im Vordergrund steht. Er sagt deutlich - was die sozialdemokratische Opposition schon immer behauptet -, dass bei den Entsendestaaten die eigenen Interessen (sei es Verteidigung oder finanzielle Interessen) im Vordergrund stehen, "...weil die strategische Gesamtlage, nicht aber Deutschlands Interesse es erfordert."

Die finanzpolitischen Schlussfolgerungen, die Schäffer an diese Feststellung knüpft, entsprechen genau den Vorbehalten der sozialdemokratischen Opposition, die diese seit Jahr und Tag gegenüber den finanziellen Forderungen der westlichen Alliierten angemeldet hat.

Von aktueller politischer Bedeutung, und deswegen besonders interessant, ist aber das Eingeständnis eines der wichtigsten Mitglieder der jetzigen Bundesregierung, dass der laudum laudab von der CDU-Propaganda vorbereitete Wahlslogan: "Sicherheit durch die NATO" einfach nicht mit den Realitäten in Einklang zu bringen ist. Das ganze Gebäude der militärpolitischen CDU-Propaganda bricht damit zusammen.